

## Niederschrift über die 20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.04.2023, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

### Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
<b>Vorsitz</b>		
Frau Eliza Diekmann	Bürgermeisterin	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Frau Ulrike Fascher	CDU	Vertretung für Herrn Holger Weiling
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann		
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Nicole Bodem		Anwesend bis zum Ende des öffentlichen Teils
Frau Marie Bongers	FB 10	

Schriftführung: Frau Marie Bongers

Frau Eliza Diekmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:05 Uhr.

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Anregung gem. § 24 GO NRW - Parkmöglichkeiten Coesfelder Heide, sowie Radweg am Steveder Weg  
Vorlage: 054/2023
- 3 Anregung gem. § 24 GO NRW - Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 9  
Vorlage: 070/2023
- 4 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld - Schutz des Eigentums am Bahnhof  
Vorlage: 078/2023
- 5 Maria-Frieden-Schule - Entscheidung zur Projektfortführung  
Vorlage: 057/2023
- 6 Durchführung digitaler und hybrider Ausschusssitzungen  
Vorlage: 050/2023
- 7 Live-Übertragung der Rats- und Ausschusssitzungen - Rats-TV  
Vorlage: 052/2023
- 8 Umwandlung vorhandener Sportflächen in Kunstrasenplätze  
Vorlage: 006/2023
- 8.1 Umwandlung vorhandener Sportflächen in Kunstrasenplätze  
Vorlage: 006/2023/1
- 9 Beauftragung eines Gastronomiekonzeptes  
Vorlage: 066/2023
- 10 Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen und über den Verlauf der Zinssteuerung  
Vorlage: 073/2023
- 11 Bericht gem. § 6 KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme  
Vorlage: 077/2023
- 12 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Windpotentialstudie - weiteres Verfahren  
Vorlage: 028/2023
- 2.1 Windpotentialstudie - weiteres Verfahren  
Vorlage: 028/2023/1
- 3 Bestimmung der Schöffinnen und Schöffen für die Strafkammer und Schöffengerichte für die Amtszeit vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2028  
Vorlage: 067/2023
- 4 Verkauf eines öffentlichen Gebäudes  
Vorlage: 062/2023
- 5 Verkauf eines Gewerbegrundstücks  
Vorlage: 055/2023

6 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass es bereits bei der Planung des vergangenen verkaufsoffenen Sonntags zu Herausforderungen mit ver.di gekommen sei und der Radius der Geschäfte, die an diesem Sonntag öffnen durften, nochmals verkleinert wurde. Für den nächsten verkaufsoffenen Sonntag, so Frau Diekmann, wolle die Stadt wieder einen breiteren Radius ermöglichen. Sie erläutert zudem, dass die Stadtverwaltung diesbezüglich mit einem Fachanwalt in Kontakt sei und auch die aktuelle Situation in Emsdetten genau beobachtet. Dadurch, so erläutert Frau Diekmann, hoffe die Stadtverwaltung eine gute rechtliche Grundlage zu haben, sollte es zu einer rechtlichen Auseinandersetzung, welche Frau Bürgermeisterin Diekmann nicht ausschließt, kommen.

TOP 2	Anregung gem. § 24 GO NRW - Parkmöglichkeiten Coesfelder Heide, sowie Radweg am Steveder Weg Vorlage: 054/2023
-------	---

Herr Prinz teilt mit, dass sich die Fraktion B'90/ Die Grünen immer für Radwege einsetzen, jedoch ginge diese hier vorliegende Anregung zu weit. Einen zusätzlichen Fahrradweg sehe er hier, aufgrund des vorhandenen Wirtschaftsweges, nicht. Die Fraktion B'90/ Die Grünen stehe hier, so Herr Prinz, auf der Seite der Verwaltung. Auch die Kosten stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen. Bei Veranstaltungen, erläutert Herr Prinz, sei hier der Veranstalter gefragt und verantwortlich dafür, die Situation zu entzerren.

Dieser Meinung schließt sich die CDU-Fraktion an.

Herr Volmer sagt, dass die Möglichkeit der Bürgeranträge grundsätzlich sehr wichtig und gut sei. Gerade die Veranstaltung „Heidelauf“ sei jedoch ein gutes Beispiel dafür, dass Veranstalter sehr gut eigenständig die Parksituation regeln können. Herr Volmer sieht Bedenken, dass sollte man hier einen Fahrradweg installieren, die Fahrzeuge auf der Straße generell schneller fahren würden.

Auch Herr Nielsen teilt für die SPD mit, dass die Fraktion hier die Ansicht der Verwaltung teile.. Eine Verhältnismäßigkeit dieses Antrages sehe Nielsen hier allerdings nicht.

#### **Beschlussvorschlag 1 (aus dem Antrag):**

Entlang des Steveder Weges soll vom Stadtrand bis zum Anschluss Waldweg zur Hasenkappe (über den Start-Ziel-Punkt hinaus) ein Radweg ausgebaut werden und im Radwegenetz ausgewiesen werden.

#### **Beschlussvorschlag 2 (aus dem Antrag):**

Im Umfeld des Start-Ziel-Punkt des DJK-Heidelauf in Goxel soll eine befestigter Parkplatzanlage für den ruhenden Verkehr analog der Anlage am Hünsberg einschl. Abstellmöglichkeit für Fahrräder errichtet werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1 -2	0	15	0

Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die Beschlussvorschläge en bloc abgestimmt werden.

TOP 3	Anregung gem. § 24 GO NRW - Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 9 Vorlage: 070/2023
-------	--

Herr Nielsen spricht sich für den alternativen Beschlussvorschlag aus, der eine Befreiung vorsieht. So wie in dieser Anregung geschildert, wünsche sich die SPD Nachverdichtung.

Herr Prinz stimmt der SPD zu und sagt, dass die Fraktion B'90/ Die Grünen den Ausschuss für Planen und Bauen entlasten und deshalb auch keine Überweisung an den Ausschuss vornehmen, sondern selbst entscheiden möchte.

Auch die Fraktion Pro Coesfeld möchte dem Alternativen Beschlussvorschlag folgen. Die Nachverdichtung sei das Ziel.

Herr Fabry sagt, dass die FDP es gern im Ausschuss für Planen und Bauen sehen wollen würde. Ansonsten werde sich die Fraktion enthalten.

Herr Tranel sieht es kritisch, dass hier eine Entscheidung durch den HFA getroffen werden soll. Ohne eine fachliche Beratung im Ausschuss für Planen und Bauen würde man hier einen Präzedenzfall schaffen und Antragsstellende würden auch in Zukunft erwarten, dass über ihre Anträge ebenfalls so schnell entschieden würde.

Herr Ludger Schmitz, Leiter des Fachbereichs Planung, Bauordnung und Verkehr stellt klar, dass er zum aktuellen Zeitpunkt nicht sagen könne, wann die AG Nachverdichtung wieder tagen werden. Momentan sei dies personell nicht leistbar. Er erläutert, dass er den Antrag lieber im Ausschuss für Planen und Bauen hätte. Der Kollege, der sich mit der hier vorliegenden Thematik befasse, sei zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung und Beratung nicht im Haus gewesen. Herr Schmitz erklärt weiter, dass in diesem Bebauungsplan bereits viel Befreiung erteilt worden sei. Aus diesem Grund müsste auch hier theoretisch eine Befreiung möglich sein. Allerdings würde dann der Bebauungsplan fast komplett seine Wirksamkeit verlieren. Es sollte, nach Ansicht von Herrn Schmitz, zunächst die Frage inhaltlich diskutiert werden, wie mit dem Bebauungsplan Nr. 9 in Zukunft umgegangen werden soll.

Herr Volmer teilt für die Fraktion Pro Coesfeld mit, dass sich die Fraktion nicht der Grundsatzdiskussion entziehen wolle. Hier gehe es der Fraktion um den konkret vorliegenden Fall. Herr Böyer ergänzt, dass er es schön findet, dass die Bürger hier selbst die seitens der Politik gewünschte Nachverdichtung beantragen.

Herr Tranel weist darauf hin, dass die Ausführungen von Herrn Schmitz bereits die Komplexität der Entscheidung gezeigt hätten. Der CDU Fraktion stellt sich die Frage, ob hier überhaupt eine Entscheidung getroffen werden müsse, wenn der Bebauungsplan so oder so geändert werden müsse. Herr Tranel verdeutlicht, dass in anderen Fällen auch ausführlicher diskutiert wurde. Er persönlich könne die vorliegende Anfrage nicht von anderen abgrenzen und würde hier auf die Expertise von Herrn Schmitz vertrauen wollen.

Herr Schmitz teilt ergänzend mit, dass es bei diesem Bebauungsplan schon sehr viel Befreiung gegeben habe und man deshalb eigentlich auch hier ruhigen Gewissens zustimmen könne. Der Bebauungsplan sei von 1969. Herr Schmitz fügt hinzu, dass wenn der Haupt- und Finanzausschuss nun eine weitere Befreiung beschließen, das Gremium der Verwaltung zudem den Auftrag erteilen müsse zu prüfen, ob der Bebauungsplan einer Überarbeitung bedarf.

Herr Bücking sagt, dass allein diese Diskussion schon zeige, dass eine Überweisung der richtige Weg sei.

Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die Sitzung für 2 Minuten unterbrochen wird.

Nach der Sitzungsunterbrechung kommt es zur Beschlussfassung.

### **Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, dass die Angelegenheit zur fachlichen Beratung und Entscheidung an den Ausschuss für Planen und Bauen verwiesen wird.

### **Alternativer Beschlussvorschlag (des Antragstellers):**

Es wird beschlossen, eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 9 über das Grundstück Lilienbecke 26, 26 A in Coesfeld zu erteilen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag	11	4	0
Alternativer Beschlussvorschlag (des Antragstellers)	Keine Abstimmung		

Da der Beschlussvorschlag angenommen wird, ist eine Abstimmung über den alternativen Beschlussvorschlag des Antragstellers obsolet.

TOP 4	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld - Schutz des Eigentums am Bahnhof Vorlage: 078/2023
-------	---

Herr Volmer von der Fraktion Pro Coesfeld erläutert, dass bereits viel über die Thematik dieses Antrages berichtet wurde; u.a. auch in einer Satiresendung des ZDF. Mit dem Antrag möchte die Fraktion Pro Coesfeld die Diskussion noch einmal eröffnen.

Herr Tranel sagt eine ausdrückliche Unterstützung des Antrags durch die CDU-Fraktion zu und hofft, hier eine Lösung zum Schutze des Eigentums der Coesfelderinnen und Coesfelder zu finden.

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass sich die Verwaltung bereits der Thematik angenommen habe. Er erklärt, dass die Kriminalstatistik der Polizei zeige, dass es im gesamten Stadtgebiet eine Steigerung der Diebstahlzahlen gebe. Kreisweit sei die Steigerung in Coesfeld im Vergleich zum Vorjahr jedoch noch am Geringsten. Bezüglich der Mobilstation am Bahnhof, so Beigeordneter Thies, prüfe die Verwaltung aktuell, welche Möglichkeiten es gebe u.a. eine

Videoüberwachung zu installieren. Herr Thies betont, dass die Situation in Coesfeld nicht mit der in Dülmen zu vergleichen sei, da die Fahrradabstell-Station in Dülmen nur gegen ein Entgelt nutzbar sei. Eine Alternative zur Videoüberwachung sei der Einsatz eines Sicherheitsdienstes. Dies scheine für die Mobilstation am Coesfelder Bahnhof jedoch nicht sinnvoll. Im letzten Jahr gab es für eine gewisse Zeit auch eine City-Streife in Coesfeld, man sei aktuell in Überlegungen, ob man diese erneut installiere. Konkretere Informationen werde die Verwaltung demnächst mitteilen können.

Herr Prinz teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine Videoüberwachung im Bahnhofsbereich befürworten würde. Auch eine Videoüberwachung an anderen Orten sei vorstellbar, wenn diese dort tatsächlich sinnvoll erscheine.

### **Beschlussvorschlag der Fraktion Pro Coesfeld:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen und technischen Möglichkeiten bestehen, das Eigentum der Bürger am Coesfelder Bahnhof, insbesondere die dort abgestellten Fahrräder, zu schützen. Dabei sollen auch die möglich entstehenden Kosten mitgeteilt werden und die Erfahrungen anderer Kommunen mit in die Überprüfung einbezogen werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	13	0	2

TOP 5	Maria-Frieden-Schule - Entscheidung zur Projektfortführung Vorlage: 057/2023
-------	---

### **Beschlussvorschlag:**

1. Es wird beschlossen, das Projekt weiterzuführen und die entsprechenden Mittel für die kommenden Haushaltsjahre anzumelden.
2. Es wird beschlossen, den Sperrvermerk für die Mittel zur Beauftragung der Leistungsphase 5 aufzuheben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphase 5 aus dem bestehenden Vertrag abzurufen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1 – 2	15	0	0

Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die Beschlüsse 1 und 2 en bloc abgestimmt werden.

TOP 6	Durchführung digitaler und hybrider Ausschusssitzungen Vorlage: 050/2023
-------	---

Herr Bachmann merkt an, dass hier zwei unterschiedliche Angelegenheiten in der Vorlage vermischt würden: Zum einen gehe es um rein digitale Sitzungen und zum anderen um hybride Sitzungen und dann um die Frage, ob die entsprechende Form der Sitzungsdurchführung im Normal- oder im Ausnahmefall genutzt werden soll. Zudem gehe es darum, die vorab notwendigen rechtlichen Vorkehrungen zu treffen. Herr Bachmann teilt für die CDU-Fraktion mit, dass die Fraktion gegen hybride Sitzungen sei. Es stelle sich bei hybriden Sitzungen zu oft die Frage, wann eine Person persönlich und vor Ort dabei sein muss, oder wann sie auch digital an einer Sitzung teilnehmen kann. Zudem seien hybride Sitzungen für alle Beteiligten anstrengend in der Durchführung. Weiter fügt Herr Bachmann hinzu, dass es noch keinen Sinn mache, jetzt bereits die Technik anzuschaffen, welche dann in Zukunft (zum Zeitpunkt der Genehmigung durch die GPA) vielleicht schon nicht mehr aktuell sei.

Herr Klaus Volmer, Leiter des Fachbereichs Zentrale Dienste und Bürgerservice stimmt Herrn Bachmann zu, dass es sich um zwei Angelegenheiten/ zwei Sachverhalte handele: zum einen um digitale Sitzungen in Notsituationen und zum anderen um standardmäßige hybride Sitzungen. Die Feststellung einer Notlage erfolge durch den Rat. Außerdem, so Herr Volmer, müsse eine Verankerung in der Hauptsatzung erfolgen, sodass der Rat im Falle eines Falles beschlussfähig sei. Zu den hybriden Sitzungen erläutert Herr Volmer, dass es der Verwaltung wichtig war, auch diese Thematik einmal aufs Tableau zu bringen. Zurzeit sei eine Umsetzung rechtlich noch nicht möglich. Die Verwaltung halte jedoch die rechtliche und technische Entwicklung im Blick.

Herr Heinrich Volmer von der Fraktion Pro Coesfeld findet es gut, dass hier frühzeitig für zukünftige Notsituationen vorgesorgt wird. Was die hybriden Sitzungen angeht, so stimmt er Herrn Bachmann zu. Herr Volmer betont, dass die Softwarehersteller auf dem Weg seien, jedoch noch etwas Zeit bräuchten. Er jedoch fände es wichtig sich jetzt bereits entsprechend vorzubereiten.

Herr Böyer sagt, dass er es persönlich sinnvoller fände, wenn zunächst abgewartet würde, was die Systeme kosten, bevor die Hauptsatzung und Geschäftsordnung entsprechend geändert würden. Im Grunde spreche er sich für mehr Digitalisierung aus, allerdings, so Herr Böyer, komme ihm das Thema nun zu schnell. Es müssten zunächst noch einige Fragen geklärt werden, wie bspw. Kosten, Personaleinsatz, rechtlicher Rahmen, Herstellung und Gewährleistung der Öffentlichkeit bei digitalen und hybriden Sitzungen.

Herr Bücking betont, dass die digitale Sitzungsdurchführung nur für den Rat möglich sei; und dies auch nur in festgelegten Ausnahmesituationen. Hybride Sitzungen könnten, je nach Beschlussfassung, zur Regel werden. Herr Bücking merkt an, dass er davon überzeugt sei, dass Diskussionen dann zum Teil nicht mehr so geführt würden, wie es aktuell der Fall sei. Er selbst habe die Erfahrung gemacht, dass bei digitalen Sitzungen oft eine Menge an Empathie verloren ginge. Herr Bücking spricht sich dafür aus, dass die hybriden Sitzungen nicht eingeführt werden, man sich aber auf digitale Sitzungen des Rates für den Notfall vorbereite.

Herr Fabry teilt mit, dass die Notwendigkeit für digitale Sitzungen spätestens seit der Coronapandemie bekannt sein sollte. Er regt an den Beschlussvorschlag zu trennen und somit zum einen über digitale und zum anderen über hybride Sitzungen abzustimmen.

Herr Nielsen sagt, dass die SPD-Fraktion zustimmen könne, jedoch müsse man bedenken, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Beschlüssen und nicht von der Diskussion betroffen seien. Wichtig sei, was letztendlich entschieden würde. Dies wäre auch bei hybriden Sitzungen gewährleistet. Selbstverständlich, so Nielsen, müsse die Öffentlichkeit gewährleistet sein.

Frau Albertz sagt, dass sie grundsätzlich zustimme. Sie merkt an, dass aktuell lediglich in der Theorie über etwas gesprochen würde, was so noch nie praktiziert wurde. Selbstverständlich sei deshalb auch noch vieles unklar. Sie regt an, dass man es einfach versuchen müsse.

Herr Tranel greift noch einmal auf, dass es sehr anstrengend sei, hybrid zu tagen. Er habe zudem von denjenigen, die sich hybrid zu einer Fraktionssitzung dazugeschaltet haben, die Rückmeldung erhalten, dass sich diese nicht als Teil der Sitzung fühlen würden, da eine aktive Teilnahme an der Diskussion kaum oder gar nicht möglich sei.

Frau Bürgermeisterin Diekmann schlägt vor, die Beschlussvorschläge zu teilen und somit separat über hybride und digitale Sitzungen abzustimmen.

Herr Prinz stellt noch einmal heraus, dass man bei a) über einen Entwurf rede und bei b) über eine Kostenaufstellung. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen würde beidem zustimmen.

Herr Heinrich Volmer sagt, dass man hier den weichen Einstieg wählen sollte um auch alle mitzunehmen; ansonsten hätte es keinen Sinn. Der Zeitpunkt für die Einführung von hybriden Sitzungen scheine zu früh. Da es noch einiges an Vorbereitung bedürfe, bis es zu einer Durchführung von digitalen Sitzungen kommen könne, sollte man hier nun mit der Vorbereitung beginnen.

#### **Beschlussvorschlag 1:**

- a) Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, einen Entwurf für die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung des Rates vorzulegen, in der die Durchführung **digitaler** Gremiensitzungen geregelt ist.
- a.a) Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, einen Entwurf für die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung des Rates vorzulegen, in der die Durchführung **hybrider** Gremiensitzungen geregelt ist.
  
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Zulassung der Software und Abstimmungssysteme eine Kostenaufstellung über die notwendigen Anschaffungen vorzulegen, sobald verlässliche Preisauskünfte möglich sind

#### **Beschlussvorschlag 2:**

Es wird beschlossen, die Möglichkeit zur Tagung in hybrider Form für folgende Ausschüsse in der Hauptsatzung der Stadt Coesfeld zu verankern:

- 
- 
-

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1 a)	15	0	0
Beschlussvorschlag 1 a.a)	7	7	1
Beschlussvorschlag b)	15	0	0
Beschlussvorschlag 2	Keine Abstimmung		

Durch die Ablehnung des Beschlussvorschlages 1 a.a) ist eine Abstimmung über Beschlussvorschlag 2 obsolet.

TOP 7	Live-Übertragung der Rats- und Ausschusssitzungen - Rats-TV Vorlage: 052/2023
-------	--

Herr Stratmann spricht sich für die Thematik aus und verweist darauf, dass die Fraktion Familie bereits vor längerer Zeit einen entsprechenden Antrag gestellt habe.

Herr Heinrich Volmer erläutert, dass eine Live-Übertragung sehr bürgerfreundlich sei, da sich so interessierte Bürgerinnen und Bürger auch nur für einzelne Tagesordnungspunkte dazuschalten könnten. Er betont jedoch auch, dass es wichtig sei, sich den Kostenaspekt genauer anzuschauen.

Herr Bachmann macht deutlich, dass er gern abgeklärt haben möchte, dass die Live-Übertragung der Sitzung abgebrochen wird, sobald sich ein Ratsmitglied dagegen ausspricht.

Frau Bürgermeisterin Diekmann verweist auf die Ausführungen der Vorlage und sagt, dass es nicht sein müsse, dass die Live-Übertragung abgebrochen wird, wenn sich ein Mitglied dagegen ausspricht.

Herr Bachmann ergänzt, dass die CDU gegen eine Probephase sei. Es würde keinen Sinn machen, nun alles anzuschaffen und einzurichten, dies dann aber in Zukunft ggfs. nicht zu nutzen. Gern, so Herr Bachmann, würde er größtmögliche Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen. Allerdings sei die Sorge vor denjenigen, die mit den Bildern und Daten der Live-Übertragung Schindluder treiben, zu groß. Herr Bachmann betont, dass die ehrenamtlichen Ratsmitglieder einen anderen, einen höheren, Schutzbedarf als Berufspolitiker hätten. Dieser müsse respektiert und gewahrt werden.

Herr Klaus Volmer, Leiter des Fachbereichs Zentrale Dienste und Bürgerservice, erläutert, dass die Technik im Ratssaal bereits vollständig vorhanden sei. Zudem sei erst letztens die Technik dafür eingerichtet worden, dass eine Steuerung (Starten und Stoppen der Aufnahme) auch vom Vorstandstisch aus möglich sei. Auch der finanzielle Aufwand sei sehr überschaubar.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass es bei dem Livestream nicht um eine spätere Aufzeichnung der Sequenzen gehe. Sollte ein Zuschauer bzw. eine Zuschauerin den Livestream mitzeichnen, sei dies bedauerlicherweise nicht zu verhindern.

Frau Albertz betont, dass es das Ziel sein müsse, so viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Ihr persönlich seien die 99,9 % der Menschen wichtiger, die sich durch die Live-Übertragung informieren können, als der kleine Bruchteil, der ggfs. Schindluder mit den Videodaten

treiben könnte. Frau Albertz appelliert, dass die Verwaltung noch transparenter und offener werden müsse. Demokratiebildung sei extrem wichtig. Ein niedrigschwelliger Weg sei hier die Übertragung ins Internet. Sie sagt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Weg mitgehen würde.

Herr Nielsen merkt an, dass es mit technischen Mitteln nicht möglich sei Missbrauch zu verhindern. Die SPD-Fraktion sehe jedoch einige Punkte kritisch: Herr Nielsen erläutert, dass bei Kommunen, die bereits eine Live-Übertragung eingeführt hätten, keine deutlichen Erfolge spürbar seien, da zu wenige Menschen bei einer Live-Übertragung einschalten würden. Hier stelle sich wieder die Frage der Verhältnismäßigkeit. Auch wenn die Technik bereits da sei, müsse man sich fragen, ob es sich lohnt, wenn ein sehr kleiner Prozentteil der Bevölkerung einschalte, dafür aber ggfs. eine extra Verwaltungskraft abgestellt würde. Herr Nielsen äußert zudem Sorge um die Qualität der Sitzungsarbeit. Sollten lediglich die Sitzungen des Rates übertragen werden, könnte es sein, dass sich Diskussionen aus den Fachausschüssen wiederholen, um diese auch nochmal für die „Zuschauer“ sichtbar zu machen. Zudem müssten Regelungen für die Art und Weise der Sitzungsführung getroffen werden: Eine Ansprache mit Vornamen sei dann nicht mehr möglich. Die SPD-Fraktion, so Herr Nielsen, werde sich bei der Abstimmung enthalten. Die Fraktion werde sich einer Probephase nicht entgegenstellen, bittet aber die genannten Punkte zu bedenken mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit und die ggfs. sich ändernde Diskussionsführung.

Frau Bürgermeisterin Diekmann macht deutlich, dass sie die Öffentlichkeit und Transparenz auf allen Kanälen unterstützen möchte.

Herr Tranel sagt, dass er gerade dies nicht tun möchte. Er betont, dass man den Wunsch einiger Gremienmitglieder ernst nehmen müsse, wenn diese nicht durch eine Live-Übertragung besonders in der Öffentlichkeit stehen möchten. Aus diesem Grund plädiert Herr Tranel dafür, dass jede:r Einzelne gefragt werden müsse, ob er oder sie bei der Live-Übertragung gezeigt werden wolle. Durch die Übertragung könnte es zudem zur Abschreckung für mögliche neue ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker kommen. Die CDU-Fraktion könne hier nicht zustimmen.

Herr Musholt erklärt, dass er durchaus etwas Positives an der Live-Übertragung sehen könnte. Er hat jedoch Bedenken, dass missbräuchlich heruntergeladene Daten im Internet auftauchen oder dort verbreitet werden. Dies wolle er nicht. Aus diesem Grund widerspricht Herr Musholt bereits jetzt der Aufzeichnung.

Herr Heinrich Volmer stimmt Herrn Musholt zu und sagt, dass das Persönlichkeitsrecht ein sehr hohes Gut sei, allerdings sagt er auch, dass die Ratsmitglieder hier ein Amt bekleiden würden und auch entsprechend mit der Zeit gehen müssten. Viele Mandatsträger:innen seien bereits im Internet aktiv; zudem sei die Technik im Ratssaal bereits vorhanden; man vertue sich also nichts, wenn man mal in eine Erprobungsphase gehe.

Herr Stratmann betont, dass er als Ratsmitglied in der Öffentlichkeit stehe und ihm dies auch bei der Mandatsannahme bewusst gewesen sei. Er persönlich wolle seinen Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit der Teilhabe geben. Herr Stratmann weist darauf hin, dass auch das Ministerium der Ansicht sei, dass die Mandatsträger hier als Amtsträger und nicht als Privatpersonen agieren. Für Herr Stratmann, so erläutert er, stehe die Transparenz hier im Vordergrund und nicht die Befindlichkeiten der Einzelnen.

Herr Prinz sagt, dass die Grünen den Beschlussvorschlag 1 Alternativ unterstützen wollen. Für einen möglichen Testzeitraum schlägt er 1 Jahr vor.

Herr Bachmann erkundigt sich, ob es die Möglichkeit gibt, dass den Ratsmitgliedern Zahlen zugeschickt werden, die darstellen, wie oft der Online-Zugriff auf die Niederschriften der Gremiensitzungen erfolgt.

Herr Klaus Volmer sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

*Die Erfassung der Abrufzahlen speziell der Gremienunterlagen erfolgt zurzeit aus technischen Gründen nicht (wohl aber die der Hauptwebseiten). Es können folglich keine konkreten Zahlen geliefert werden.*

Herr Fabry sagt, dass die FDP den Beschlussvorschlag 1 unterstützen werde, sie aber auch der Alternative zustimmen könnte.

Herr Tranel weist darauf hin, dass im Internet politische Informationen oft ohne Zusammenhang gestreut würden. Er persönlich fühle sich als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker wohler damit, wenn Themen bspw. über die Allgemeine Zeitung veröffentlicht und aufgegriffen würden. So habe man zumindest die Möglichkeit ins Gespräch zu kommen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann schlägt für den Beschlussvorschlag 1 den Rat vor und Herr Stratmann den Haupt- und Finanzausschuss.

**Beschlussvorschlag 1:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Live-Übertragung der nachfolgend benannten Gremien umzusetzen:

- **Rat**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Entwurf einer geänderten Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Rates der Stadt Coesfeld vorzubereiten.

**Beschlussvorschlag 1.1**

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Live-Übertragung der nachfolgend benannten Gremien umzusetzen:

- **Haupt- und Finanzausschuss**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Entwurf einer geänderten Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Rates der Stadt Coesfeld vorzubereiten.

**Beschlussvorschlag 1 – alternativ:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Live-Übertragung der nachfolgend benannten Gremien probeweise für den Zeitraum **von einem Jahr** umzusetzen. Nach der Probephase wird der Politik über die Erkenntnisse aus der Testphase informiert, um ggfs. weitere Schritte (Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung) anzustoßen. Gremium:

- **Rat**

**Beschlussvorschlag 1.1 – alternativ:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Live-Übertragung der nachfolgend benannten Gremien probeweise für den Zeitraum **von einem Jahr** umzusetzen. Nach der Probephase

wird der Politik über die Erkenntnisse aus der Testphase informiert, um ggfs. weitere Schritte (Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung) anzustoßen. Gremium:

- **Haupt- und Finanzausschuss**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1	6	7	2
Beschlussvorschlag 1.1	6	7	2
Beschlussvorschlag 1 - alternativ	8	5	2
Beschlussvorschlag 1.1 - alternativ	8	5	2

TOP 8      Umwandlung vorhandener Sportflächen in Kunstrasenplätze  
Vorlage: 006/2023

Herr Prinz bedauert, dass es hier lediglich um eine Prioritätenliste der Vereine gehe und nicht um die Grundsatzfrage, weshalb seinerzeit beabsichtigt wurde, den Umweltausschuss zu beteiligen. Der Umweltausschuss sollte beteiligt werden um zu klären, ob überhaupt in Zukunft Rasenplätze in umweltschädliche Kunstrasenplätze umgewandelt werden sollen. Diese Diskussion, so Herr Prinz, habe jedoch gar nicht stattgefunden. Als Grund hierfür nennt er den von der Verwaltung erstellten Beschlussvorschlag. Herr Prinz betont, dass ihm wichtig sei, dass durch die Beschlussfassung heute und im Rat, nicht grundsätzlich die Frage vom Tisch gewischt würde, ob weitere Umwandlungen in Kunstrasenplätze gewünscht seien. Diese Diskussion müsse weitergeführt werden. Er macht deutlich, dass die Fraktion zwar dem genannten Beschlussvorschlag zustimme, in keinem Falle jedoch der Umwandlung von Rasenplätzen in Kunstrasenplätzen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass eine Diskussion zu dem Kunstrasen-Thema weiterhin möglich sei. In dem vorliegenden Beschlussvorschlag gehe es um die Prioritätenliste.

Herr Stratmann teilt mit, dass die Fraktion Familie die Prioritätenliste begrüße.

Herr Bücking würdigt die erhebliche Arbeit, die die städtischen Sportvereine leisten. Er weist darauf hin, dass auch bei der vorliegenden Thematik eine enge Abstimmung mit dem Stadtsportring stattfinden sollte. Er betont zudem die wichtige Funktion der Sportvereine in der Stadt Coesfeld.

Herr Böyer sagt, dass eine Prioritätenliste sehr wichtig sei um vorwärts denken zu können. Ob zu einem späteren Zeitpunkt ein Kunstrasenplatz gebaut wird oder nicht, dass würde an späterer Stelle diskutiert.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste mit den Maßnahmen für die Substanzerhaltung, Modernisierung und Erweiterung von städtischen Sportstätten vorzulegen. Hierbei sollen auch die verwaltungsseitig bekannten Investitionsplanungen der Vereine und die Anforderungen der Schulen mit einbezogen werden. Des Weiteren sind die Ergebnisse zum Sportstättenentwicklungsplan zu berücksichtigen. Die Aufstellung soll als Entscheidungshilfe dienen, ob und in welcher Form die Stadt Coesfeld die Sportpauschale aufgrund der zu erwartenden schwierigen finanziellen Lage in den kommenden Jahren langfristig bindet.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	15	0	0

TOP 8.1 Umwandlung vorhandener Sportflächen in Kunstrasenplätze Vorlage: 006/2023/1
--

Die in der Ergänzungsvorlage dargestellten Informationen werden zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Beauftragung eines Gastronomiekonzeptes Vorlage: 066/2023
--

Herr Bachmann fragt, weshalb die 18.000 € aus dem Baustein 3.5 nicht genutzt wurden. Zudem fragt er, wie ein Konzept, welches sehr teuer sei, hier die vorliegenden Probleme in der Innenstadt lösen könne. Ein Konzept könne schließlich nicht dazu führen, dass Vermieter ihre Meinungen ändern und plötzlich doch an Gastronomen vermieten möchten.

Frau Citymanagerin Nicole Bodem erklärt, weshalb nicht die komplette Summe aus Baustein 3.5 abgerufen wurde. Sie erläutert, dass die Kosten für die mobilen Stadtbäume geringer ausgefallen sind und deshalb die Gelder nicht komplett ausgeschöpft werden mussten. Zu der Frage was ein Konzept bringen solle, sagt sie, dass es einen guten Überblick über die Situation in Coesfeld geben könne. Zudem könnte es aufzeigen, wohin sich die Gastronomie in Coesfeld noch entwickeln könne. Außerdem könnte es gute Argumente hervorbringen, weshalb es auch für Vermieter:innen Möglichkeiten mit sich bringt, wenn bspw. Handelsflächen in gastronomische Flächen umgewandelt werden.

Herr Nielsen ergänzt, dass man außerdem immer in der Situation sei, dass man Dinge dar- und belegen müsse. Ein Konzept, sei durch die Darstellung von Daten und Fakten durch Belege sehr gut dazu geeignet. Die SPD werde das Konzept unterstützen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass es auch ein Gespräch mit der DEHOGA NRW gegeben habe und diese sagte, dass es sinnvoll für kleinere Städte und Gemeinden sei ein Gastronomiekonzept zu entwickeln. Somit bestünde eine bessere Chance, Gastronomen auch langfristig an die Stadt zu binden. Dies bestärke dann wiederum andere Akteure.

Herr Tranel spricht seine Bedenken aus und äußert, dass er die 18.000 € besser in anderen Stadtentwicklungsprojekten investiert sehe. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein Gutachten sinnvolle Erkenntnisse bringe.

Herr Böyer spricht sich für das Konzept aus. Zudem werde das Konzept ja auch noch gefördert. Das Gutachten könnte für die Zukunft der Coesfelder Gastronomie sehr unterstützend sein.

Frau Citymanagerin Bodem sagt, dass selbstverständlich Anforderungen an den/ die Gutachter/in bestehen. Eins davon sei, dass sich der/die Gutachter/in gut in der gastronomischen Landschaft auskenne und somit beurteilen könne, welches gastronomische Konzept an welcher Stelle im Stadtgebiet gut passe. Für ein gutes gastronomisches Angebot in Coesfeld, müssten passgenaue Lösungen gefunden werden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass es auch darum gehe, dass man nicht mehr nur warte, sondern proaktiv vorgehe.

Auch die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sprechen ihre Unterstützung aus.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, ein Fachbüro mit der Erarbeitung eines Gastronomiekonzeptes für die Innenstadt Coesfeld zu beauftragen. Dafür werden Mittel aus dem Budget Citymanagement genutzt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	9	5	1

TOP 10	Bericht über die Entwicklung der Finanzanlagen und über den Verlauf der Zinssteuerung Vorlage: 073/2023
--------	--

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Herr Tranel sagt, dass in der Vergangenheit bereits einmal gemeinsam unter den Gremienmitgliedern überlegt wurde, ob man sich nicht noch intensiver mit dem Thema und dem Wirken der Magral befassen könne. Er fragt, ob es sinnvoll erscheine, dass noch einmal ein Vertreter der Magral eingeladen würde.

Frau Christin Mittmann, kommissarische Leiterin des Fachbereich 20 sagt, dass die Verwaltung und auch die Magral gern bereit seien, noch einmal gemeinsam in den Austausch zu kommen – egal ob digital oder in Präsenz. Wichtig für die Magral sei es jedoch, dass klar zwischen Themen „Zinssicherung generell“ und „bestehende Verträge“ getrennt würde. Frau Mittmann sagt, dass sie bei der Magral AG wegen des Termins nachfragen werde.

TOP 11	Bericht gem. § 6 KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme Vorlage: 077/2023
--------	--

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

TOP 12	Anfragen
--------	----------

Herr Stratmann erkundigt sich, was es mit den Kästen im Stadtgebiet auf sich hat.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass die Stadtverwaltung Coesfeld lediglich darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass die im Folgenden erläuterte Maßnahme durchgeführt wird. Angebracht wurden die Kästen vom Lehrstuhl für Verkehrswesen der Uni Bochum. Untersucht wird aktuell - im Auftrag vom Landesbetrieb Straßen.NRW - die Auswirkungen von Baumaßnahmen auf Umleitungsverkehre. Hier im konkreten Fall im Zusammenhang mit der bald beginnenden Baumaßnahme auf der B 474-Konrad-Adenauer-Ring in Coesfeld unter Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung. Für die Erhebung von Vergleichswerten der Verkehrsbelastungen (Vorher-/Nachherbetrachtung) erfolgen hierzu bereits jetzt im Zeitraum vor der Einrichtung der Baumaßnahme entsprechende Zählungen auf den ausgewählten Umleitungsstrecken. Die Messungen erfolgen über einen Zeitraum von ca. einer Woche.

Die Messstandorte sind folgende:

- B 474 auf der zeitnah gesperrten Fahrtrichtung
- Holtwicker Straße südlich der B 474 (Coesfeld)
- Borkener Straße östlich der B 474 (Coesfeld)
- Rekener Straße östlich der B 474 (Coesfeld)
- Zufahrt zur B 525 südlich von Coesfeld
- Höven westlich der B 474 (Höven)
- Bahnhofstraße westlich der B 474 (Holtwick)

Herr Bachmann erkundigt sich, ob es richtig sei, dass Bürgerinnen und Bürger mittlerweile nicht mehr informiert würden, wenn ihr Personalausweis ablaufe.

Herr Klaus Volmer sagt zu, dies in Erfahrung zu bringen.

Antwort der Verwaltung:

*Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde die bisher als freiwilliger Service der Stadt Coesfeld angebotene individuelle Erinnerung per Briefpost über den bevorstehenden Ablauf des Personalausweises bzw. Reisepasses aus organisatorischen Gründen eingestellt. Gleichzeitig werden die Bürgerinnen und Bürger seitdem aber regelmäßig in der Presse und über soziale Medien an die Überprüfung der Ablaufdaten erinnert. Zukünftig wird die persönliche Erinnerung wieder aufgenommen. Jeweils drei Monate vor Ablauf des Ausweisdokumentes erhalten die Bürgerinnen und Bürger wieder eine persönliche Benachrichtigung über die erforderliche Neubeantragung des Dokumentes.*

Herr Heinrich Volmer fragt, ob es eine spürbare Erhöhung von entsprechenden Anfragen gebe, seit es die KFZ-Zulassungsstelle in Coesfeld nicht mehr gebe. Zudem fragt er, ob den

Mitarbeitenden des Bürgerbüros zugetragen wurde, dass sie sich wieder eine KFZ-Zulassungsstelle in Coesfeld wünschen würden.

Herr Klaus Volmer sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

*Eine spürbare Erhöhung der Anfragen bzgl. der Schließung der KFZ-Zulassungsstelle in Coesfeld hat beim Bürgerbüro der Stadt Coesfeld nicht gegeben.*

*Den Mitarbeitenden des Bürgerbüros der Stadt Coesfeld wurde nicht zugetragen, dass die Kundinnen und Kunden sich wieder eine KFZ-Zulassungsstelle in Coesfeld wünschen; vermutlich wurden diese Eingaben direkt an die Kreisverwaltung gerichtet.*

gez. Eliza Diekmann  
Bürgermeisterin

gez. Marie Bongers  
Schriftführerin